

# Dresdener Volkszeitung

Postfachamt: Leipzig,  
Raden & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kassier:  
Gebr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6.00 M., durch die Post  
bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8.50 M. Einzelnnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 231.  
Erscheinung nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 231.  
Verkehrszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Normalzeile 2.00 M., Familienanzeigen  
1.50 M., die 3-spaltige Normalzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Er-  
mäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Keine Verpfändung zur  
Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Abz. Buchdruckerei 37 Pf.

Nr. 190

Dresden, Mittwoch den 18. August 1920

31. Jahrg.

## Regierungsferien

Die Vorstehenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben die sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses verlangt. Das Auswärtige Amt erwidert: Es hat keine Eile, die politische Lage ist nicht so gefährlich, daß der Minister Simons seinen Urlaub unterbrechen muß. Inzwischen drängen die Regimenter Budjans immer tiefer in den polnischen Korridor, besetzen die Vorstädte von Warschau, das englische Parlament verlagert sich seine Ferien und trotz distinkt in Wien die russisch-polnischen Friedensbedingungen. Im Saargebiet geht ein Kampf der Arbeiter gegen die ausländischen Gebrüder zu Ende, in Oberschlesien entbrennt ein neuer

Dr. Simons, der heutige Minister des Reichens, hat sicherlich viel durch die traurige Kriegs- und Nachkriegszeit gelernt und die Antisemitik, die er mit Lloyd George gepflegt, wird nicht ohne Einfluß auf seine fernere Reise gewesen sein. So viel Reichstagen, wie ihn der Sozialdemokrat Zimmermann besch, steht gewiß nicht in seinem Nachfolger. Und wenn auch Dr. Simons bei den letzten Reichstagsverhandlungen umgefallen ist, er hat dennoch im Gegensatz zu der Partei, die ihn erwählte, von den Deutschnationalen ganz zu schweigen, viel Verständnis für die auswärtige Politik gezeigt. Das entschuldigt jedoch keineswegs die bürgerliche Reichstagsmehrheit, die in diesen entscheidungsreichen Tagen der behaglichen Ruhe pflegt und Lenin, Wollander und den lieben Gott gute Männer sein läßt. Das entschuldigt auch nicht Dr. Simons, der auf seine Haut schläft, weil er vielleicht die heutigen Koalitionsparteien für nicht weniger gute Leute hält, die mehr verdienen, als sie gutmachen.

Von San Remo bis Spa war jedoch nicht weit und wenn sich der „Anock out“-Prediger dennoch überreden ließ, waren die Tatsachen und die politischen Ereignisse gewiß härter als die Menschen. Vielleicht lernt dies auch Herr Dr. Simons, ehe es zu spät ist. Heute hinkt er noch hinter der Weltgeschichte her. Denn es ist eine neue Großmacht auf den Plan getreten, vor der sich selbst Lloyd George beugen mußte. Aus der Rolle der Statisten sind die arbeitenden Massen, verpörrt in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Parteien, zu den Hauptdarstellern und handelnden Personen hinausgewachsen. Wenn der englische und französische Ministerpräsident und ihre Regierungen statt Regimenter und Geschützen anfänglich nur Studienkommissionen nach Polen geschickt, wenn sie die Urheiligen von Lenin ruhig eingestekt haben und mit verächtlichen Armen dem Jock Worischow mit zudehen müssen, der für die Entente ein nicht geringerer Schlag ist als für einen Schilling, wenn zu allem die gestern noch in Spa Almächtigen zu und Amen sagen, so tun sie es gewiß nicht leichtens Berens, da ihnen das Weinen näher ist als das Lachen. Doch und Ungarn waren bereit, und es hätten sich auch noch andre Volgeliebte gefunden. Auf der Wacht stand jedoch das internationale Proletariat und doch Lloyd George vor den englischen Arbeitern kapitulieren mußte, ist für ihn ein ebenso schwerer Sturz wie es ein gewaltiger moralischer Sieg des englischen Proletariats ist, das zum erstenmal die Politik seines Landes und damit die Politik Europas entscheidend beeinflusst hat.

Auf dem soeben in London stattgefundenen, bisher größten britischen Gewerkschaftskongress wurden nicht nur die Maßnahmen beschlossen, um jede aktive englische Einmischung in den russisch-polnischen Krieg zu verhindern. Die Konferenz forderte auch die Abschaffung der Geheimdiplomatie. Die Arbeiterschaft Großbritanniens bezieht ihren Einfluß auf die auswärtige Politik, damit der Krieg und die händlichen Kriegsdrohungen ein Ende nehmen, von denen das Volk litt.

Wag der deutsche Außenminister mit Lloyd George gesprochen haben, was er will, der englische Ministerpräsident ist klüger als sein deutscher Kollege. Das gestern gut gewesen sein mag, ist heute ein ebensolcher Fehler, als ihn die Zimmer- und Bethmänner begangen haben. Vielleicht wäre während des Krieges eine gute deutsche Geheimdiplomatie immer noch besser gewesen, als die begangenen fürchterlichen Dummheiten. Heute, wo Lloyd George den größten Teil seiner Macht an die englische Arbeiterklasse abgetreten hat, ist selbst die beste Geheimdiplomatie von Simons eine unendliche Torheit. Auf was will sich der deutsche Außenminister stützen? Auf das deutsche Bürgertum, das bestgehörte in Europa.

In unsern Tagen wäre nichts verhängnisvoller als Geheimdiplomatie. In seiner letzten Reichstagsrede hat Dr. Simons die deutschen Arbeiter als den Vort der deutschen Neutralität gefeiert und auf ihre schwere Verantwortung hingewiesen. Statisten sind auch die deutschen Arbeiter nicht und noch weniger unsere Partei, die man glauben lassen darf, daß sie sich nicht in der nächsten Woche den Minister des Reichens zu fragen haben.

## Der obererschlesische Neutralitätskampf

### Proteststreik und blutige Zusammenstöße

Wie wir aus Breslau erfahren, herrscht in ganz Oberschlesien ein Proteststreik gegen die Versuche einer Neutralitätsüberlegung Obererschlesiens. Dabei ist es in Kattowitz und Rybnik bereits zu Zusammenstößen mit französischem Militär gekommen. Es wird berichtet:

Beuthen, 17. August. Der angeführte Demonstrationstreik ist heute in allen obererschlesischen Städten von 12-7 Uhr nachmittags durchgeführt worden. Elektrizität, Gas, Wasser und die Post liefen aus; der Personenverkehr blieb ausser Acht. Alle Geschäfte und Gasthäuser waren geschlossen. In den Redaktionsstunden fanden überall die von den Gewerkschaften einberufenen Protestversammlungen statt, in denen einheitlich eine Entschiedenheit gegen den Krieg und für die Neutralität Obererschlesiens angenommen wurde sowie folgende Forderungen an die internationalisierte Kommission: Einlegung einer Kontrollkommission von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, die im Verkehr mit der internationalisierten Kommission sämtliche Transportkontrollen; vorherige Verhandlung mit der internationalisierten Kommission über alle noch zu erwartenden Truppentransporte und Truppenverschiebungen. Im Rybnik an die Verhandlungen fanden Waffenumzüge statt.

In Kattowitz feste sich an das Ende des Demonstrationstages französische Kavallerie. Die Menge griff sie an. Ein französischer Soldat fiel auf dem Platz. Die Franzosen eröffneten Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer. 9 Tote, darunter 2 Sicherheitspolizisten, und 26 Verwundete blieben auf dem Platz. Der Vorkämpfer, Rechtsanwalt Dr. Wlewicki, der eine Handgranate aus dem Fenster warf, wurde aus der Wohnung geholt, erschlagen und in die Wawa geworfen. Die Sicherheitspolizei stellte den Dienst ein und gab die Waffen ab. Gegen 5 Uhr zog die Menge zur Polizei, um sich der Waffen zu bemächtigen. Das französische Militär ist auf Grund von Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern zurückgezogen worden.

Die polnische Zeitung berichtet, wurden in Kattowitz sämtliche Straßen von französischem Militär abgeperrt und eine Patrouille von etwa 2000 Mann in militärisch geordnetem Marsch, einschließend polnische Staatsangehörige, über Rybnik nach Polen abgehoben worden sein.

In Rybnik drang ein polnischer Stoßtrupp in die Protestversammlung ein und sprengte sie; auf einen Pfiff fielen Schüsse. 1 Toter und 4 Verwundete blieben auf dem Platz.

### Die Kämpfe in Kattowitz

Kattowitz, 17. August. Vor dem Hause der internationalisierten Kommission versammelten sich um 10½ Uhr eine unübersehbare Menschenmenge. Eine Abordnung der Gewerkschaften unterbreitete dem Oberst Stancart, dem Vorsitzenden der internationalisierten Kommission, die Forderung der Bevölkerung auf Entlassung der Besatzungstruppen unter Befreiung freien Abzugs. Falls diese Forderung nicht bewilligt würde, müßte jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse abgelehnt werden. Der Militärbefehlshaber erklärte, daß er lieber sterben würde, als diese Forderung zu erfüllen. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Beim Verlassen des Hauses konnten die Vertreter der Bevölkerung, das das Treppenhause nicht besetzt war mit französischen Soldaten mit feindmännlicher Ausrüstung. Um 11½ Uhr war die Situation auf

äußerst gespannt. Die Vertreter der Bevölkerung versuchten, die Verhandlungen noch einmal zu erneuern, was ihnen auch gelungen ist.

Kattowitz, 18. August. 1 Uhr morgens. Man hört ununterbrochen Gewehr- und Handgranatenfeuer. Die Menge bemächtigte sich eines vor dem Hause der internationalisierten stehenden großen Automobils, ohne von den Besatzungstruppen daran gehindert zu werden. Angesichts der furchtbaren Lage verhandelt sodann ein französischer Offizier direkt mit der Menge und stellt die Auslieferung der Waffen in Aussicht. Von anderer Seite verlautet, daß die Besatzung bereit ist, die Waffen in die Dohut der Sicherheitsbeamten zu geben.

## Polen will ablehnen

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 18. August. Das polnische Pressekabine meldet: Obwohl die Regierung seit dem Bekanntwerden der russischen Bedingungen zu diesen noch nicht offiziell Stellung genommen hat, ist die öffentliche Meinung überzeugt, daß die polnische Antwort nur eine entschiedene Ablehnung sein kann. Wie der Carriere della Sera aus London meldet, scheint die nach Wien entsandte Delegation durchaus nicht eine besonders beruhigende Haltung einzunehmen. Aus Paris soll der polnische Regierung angeboten worden sein, die russischen Waffenstillstandsbedingungen zurückzuziehen.

## England und Wrangel

Amsterdam, 18. August. Telegramm meldet, Lloyd George habe Kamenow auf sein Schreiben vom 15. mitteilt, daß England nicht beabsichtigt habe, General Wrangel zu einer Offensive zu ermutigen. England will den Feindseligkeiten in Ostturkestan ein Ende machen und zum Ausdruck bringen, daß die Kräfte nicht von Rußland abgezerrt werden dürfen.

## Der polnische Heeresbericht

Kopenhagen, 18. August. Der polnische Heeresbericht meldet: Unser Gegenoffensive im Norden entwickelt sich weiter günstig. Am 15. August richtete der Feind heftige Angriffe gegen unsere Linie. Besonders heftig waren die Kämpfe um Rybnik, was mehrere Male dem Feinde erobert und von uns zurückerobert wurde. Am 15. August mittags war der Ort endgültig in unsere Hände. Bei Rybnik ließ der Feind 12 Maschinengewehre, viele Pferde, Lebensmittel und größere Mengen Munition zurück. Wir nahmen den bolschewistischen Stabschef dieser Operationskorps gefangen. Im Süden haben die polnischen Einheiten Solac besetzt. Die Räumung von Szabo wurde in erfolgreichster Weise durchgeführt und alles rollende Material mitgenommen.

## Simons beim Schweizer Bundesrat

Basel, 18. August. Nach den Basler Nachrichten hat der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, der sich zur Zeit bei seiner Schwester in Weidenau aufhält, am Dienstag beim schweizerischen Bundesrat in Bern einen Höflichkeitbesuch abgestattet, und zwar in Begleitung des deutschen Gesandten Müller.

## Die Warschauer Schlacht

### Die Hauptstadt noch nicht gefallen

Das Times-Telegramm, das wir gestern in unserer zweiten Auflage an der Spitze brachten, daß nämlich die Russen bereits in Warschau eingezogen seien, stimmt begründet von den polnischen Bolschewisten, eilte den Ereignissen voraus. Noch ist die Stadt in politischen Händen. Der Feind, den das englische Blatt mit seiner Falschmeldung verfolgte, ist scheinbar der, die Staatsmänner der Entente zu überreden und sie zu schleuniger tatkräftiger Hilfe für Polen zu treiben. In Wahrheit ist es durchaus nicht unmöglich, daß die Polen, wenn es ihnen glückt, die Verteidigung zu organisieren, die Stadt noch einige Tage halten. An Tapferkeit scheint es den Freiwilligen der herren Willkür nicht zu fehlen, heben diese doch selbst die russischen Forderungen anerkennend hervor. Und noch liegt zwischen Warschau und den roten Heeren ja der dicke Gürtel der Forst, die von den Russen im Weltkriege nach den modernen Befestigungsgelehrten ausgebaut worden und nicht durch Kavallerie zu überwinden sind. Die Weiterer aber scheint die Hauptwaffe der Bolschewisten zu sein. — Also könnte Warschau den Polen vielleicht noch erhalten bleiben, wenn es in Wirtz zu raschem Waffenstillstandschluß kommt. Aber danach sieht es freilich nicht aus. Das Pressebureau der polnischen Gesandtschaft teilt mit:

Die von manchen Blättern wiedergegebene angebliche Meldung des Warschauer Korrespondenten des Corriere della Sera, wonach Polen beabsichtigt habe, die Verhandlungen in Wirtz in die Länge zu ziehen, sind tendenziös erfunden. Seit Juli dieses Jahres hat Polen den dringenden Wunsch nach Abschluß eines sofortigen Friedens geäußert. Dies aber war es die Sowjetregierung, die diesen Wunsch durch allerlei technische Hindernisse, durch die ständige Verschiebung des Verhandlungstages, durch

Nichtannahme von Funktionären usw., vereitelte. Ebenso tendenziös sind die angeblichen Nachrichten aus Warschau und Kopenhagen, wonach Dmowski Ausschicht habe, eine Nebenregierung zu schaffen. Ganz im Gegenteil zu dieser Falschmeldung hat Dmowski gerade jetzt in einer Versammlung von nationaldemokratischen Vertrauensmännern in Polen zur Einigkeit aufgefordert und von der Nation verlangt, sich im gegenwärtigen Augenblick mit Vertrauen um die Regierung zu kümmern.

In der Tat ist es nicht wahrscheinlich, daß Polen, wenigstens jetzt noch, Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu verwickeln suche. Worauf sollte Polen denn noch warten? — Auf Hilfe der Entente? — In die glaubt sicher auch in Polen kein Mensch mehr. — Auf Unterstützung der Nachbarstaaten? — Die haben bereits, bis auf Ungarn, jede Beteiligung am Kriege gegen Rußland klar und deutlich abgelehnt. Und mit Wunden des Dinnels, der etwa um die Herren Kraskiwinski und Bachlawski zu reiten, eine stillschweigende Schlachtrichtung. Also liegt kein Grund vor, an der Aufrichtigkeit des polnischen Friedenswillens zu zweifeln, seit Volk und Regierung statt Vorwort und Land nur Niederlagen ernten.

Dagegen haben die Russen durchaus Interesse daran, daß der Waffenstillstand nicht eher zu einem Ergebnis führt, als die Warschau und damit ein gewichtiges Hauptland auch für ihre Auseinandersetzung mit der Entente in ihren Händen ist. Sie also sind wohl die Verschlepper, nicht, wie sie immer erklärten, die Polen. Bewundernswert ist allerdings, wie geschickt sie ihre Wandler ausführten — konnten sie doch selbst den listigen Wähler Lloyd George so lange hinter das

Ucht führen, die einen in dem einen Lande in der freige-  
müden Arbeit der andern ein mächtiger Bundesgenosse erlangt.  
Erfahrung zeigt, daß geben wir auch nur mit Vor-  
behalt die folgende Meldung wieder, die

**Lemberg's Fall**

berühmt. Sie kommt aus Soldau und lautet:  
Die russische Expedition hat hier die Kadetten erhalten, daß  
Lemberg nach dreimonatlichem Strome genommen wurde. Die  
polnischen Besatzer sind sehr stolz. Die Befestigung der belagerten  
polnischen Regierung in Stanislaw machte Rücksicht, ebenso wie  
die Bildung der polnischen Freiwilligenarmee, von der Teile schon  
auf Seite der Russen kämpften.

Der russische Oberbefehlshaber weiß noch nicht von einer  
Eroberung der galizischen Hauptstadt, auch sonst liegt noch  
keine Befestigung vor.

**Wachsender polnischer Widerstand**

Nach den in Danzig eingehenden Meldungen scheint es tat-  
sächlich den Polen in dem Kampfe um Warschau ein-  
mal besser zu gehen. Wie schon aus dem Besonderen 3. sind  
die gemeldeten polnischen Erfolge schon jetzt als eine sehr lobbare  
Erfolge nicht nur in Warschau, sondern des gesamten polnischen  
Kriegsgebietes anzusehen.

Warschau, 18. August. Von der Front wird mitgeteilt: Unsere  
Befestigungen gegen Rußen erweisen sich als gut. Bei  
Sokolow machten wir über 500 Gefangene und erbeuteten  
120 Wagen mit Munition und 80 Wagen mit Proviant. Rußen sind  
in der Umgebung in unserer Hand. Die Belagerung der Stadt Grodno  
wurde auf günstige Weise durchgeführt.

London, 17. August. Amtliche Kreise in London haben eine  
Befestigung der Meldung vom 16. August nicht erhalten. Im  
Bogenblatt betonen die letzten Telegramme der internationalen Kom-  
missionen in Polen vom 16. August, daß die erste polnische  
Widerstandslinie jetzt wieder hergestellt ist, und daß eine  
polnische Gegenoffensive im Südosten begonnen habe.  
Die Polkwissenschaften an der Südfront seien sich in aller Eile zurück-  
ziehen.

Kopenhagen, 17. August. Einem Warschauer Telegramm ge-  
mäß meldet der polnische Oberbefehlshaber: Im Sude-  
sten haben die Polen bedeutende Fortschritte gemacht und dem Rußen  
erwiesene Verluste zugefügt; ebenso haben sie wichtige Stellungen er-  
obert. Die Soldaten des Rußen, die den Zug von Stanislaw  
und Lubawa übernahmen, wurden auf das rechte Fluss-  
ufer zurückgeworfen. Der polnische linke Flügel hat einen  
erfolgreichen Angriff in der Richtung auf Wisawa unternommen.  
Südlich des Unterlaufes des Bugs wurden feindliche Angriffe mit  
schweren Verlusten für den Feind abgewiesen.

**Ein russisches Notbuch**

Paris, 18. August. Die Räteregierung hat ein Notbuch  
mit Dokumenten herausgegeben, das die Vorgeschichte des polnisch-  
russischen Krieges betrifft. Die Einleitung hat Tschitscherin  
geschrieben.

**Amerika schickt Kriegsschiffe**

Washington, 17. August. Der Panzerkreuzer Witsburg  
und ein Zerstörer, die sich gegenwärtig in Chesapeake aufhalten,  
erhalten Befehl, sich sofort nach dem Baltischen Gewässer zu  
begeben, um dort die amerikanischen Interessen zu schützen. Eine  
größere Flotte wird, daß die beiden Schiffe sich nach Danzig  
begeben, wo sich zahlreiche aus dem Gebiete Polens geflüchtete  
Amerikaner befinden.

Paris, 17. August. Nach einer Radiomeldung aus Washington  
sollen die amerikanischen Eskadren im Schwarzen Meere  
demnächst durch einen Panzerkreuzer und sechs Zerstörer verstärkt  
werden.

**Ein „Friede-mit-Rußland“-Sonntag**

Konstantinopel, 17. August. Dem Telegramm zufolge hat der  
Ausschuss der englischen Arbeiter beschlossen, den 22. August  
zum „Friede-mit-Rußland“-Sonntag zu erklären und zur Abhaltung  
von Kundgebungen in allen Städten und Dörfern anzuhalten.

**Transportarbeiter-Internationale gegen  
Kriegserneuerung**

Wir, die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller  
Länder!

**Romereben!**

Der im März dieses Jahres in Afrika abgehaltene  
Internationale Transportarbeiterkongress hat einstimmig be-  
schlossen, daß die Internationale Transportarbeiterorganisation und  
die ihr angeschlossenen Organisationen alle ihr zu Gebote stehen-  
den Mittel anzuwenden werden, um eine Erneuerung des furcht-  
baren Jammers zu verhindern, den der Weltkrieg über die Völker  
gebracht hat.

Der Augenblick, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen,  
ist gekommen!

Die kapitalistischen Regierungen versuchen, durch tatkräftige  
Unterstützung des polnischen Krieges, das Rußland anzuhalten und  
„um die Polen“ imperialistischen Streben zu tragen hat,  
einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Der Verband der Internationalen Transportarbeiter-  
organisation ist an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner  
aller Länder den bringenden Ruf erlassen, alle Versuche derjenigen,  
die das Proletariat neuerlich zur Schindbank führen wollen, mit  
allen Mitteln zu vereiteln. Er verlangt von ihnen, daß sie —  
in Übereinstimmung mit der Forderung der Arbeiter in jenen Län-  
dern, die sich bereits dem Transport von Waffen und Munition  
überheben — sich überall einmütig weigern, Kriegsmaterial  
und Truppen, die die kapitalistische und imperialistische Reaktion  
gegen Rußland aufziehen will, zu verladen, zu versenden und zu  
seefahren.

In dieser Stunde ist die internationale Klassenpolitik des  
Proletariats im Kampf gegen die internationale kapitalistische Reak-  
tion mehr als je notwendig. Das internationale Proletariat verlangt  
Friede und Freiheit! Es muß bereit sein, Opfer zu bringen, um diese  
höchsten Güter der Menschheit zu erlangen und zu wahren.

**Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder!**

Der Augenblick zum Handeln ist da!  
Verweigert die Beförderung jeglichen Kriegsmaterials, das  
die kapitalistischen Machthaber nach Polen schicken wollen!  
Verweigert die Beförderung aller Soldaten, die die Entzwei-  
gelungen gegen Rußland ins Feld senden möchten!  
Wehrt eure internationale Solidarität!  
Gegen die militaristische Gewalt der kapitalistischen und imperia-  
listischen Regierungen die einmütige Arbeitsverweigerung des inter-  
national organisierten Proletariats!  
Ihr die internationale Transportarbeiter-Organisation:  
Robert Williams, Vorkämpfer,  
Edo Glimmen, Sekretär.

**Die Kämpfe in der Krim**

Konstantinopel, 18. August. (Neuer.) In der Krim nahmen  
die letzten Kämpfe ihren Fortgang. Die Polkwissenschaften er-  
hielten Beschränkungen von der Reichsregierung und greifen energisch

an, wobei sie von nationaler einseitigen Überzeugungen unter-  
stützt werden. General Wrangel's Streitkräfte, die ebenfalls  
Verstärkungen erhalten, haben den Don überfurcht. Die  
Konstantinowitsch besetzt die Eisenbahnlinie Katis-  
lin-Defaterinodar überbrückt. Die Rubanlokalen sind in-  
folge dessen in Gefahr, abgebrannt zu werden.

**Moskauer Sorgen**

Kopenhagen, 17. August. Man ist in Moskau sehr  
beunruhigt über die Verfolge des Generals Wrangel an der über-  
russischen Front. Das Blatt Senica schreibt, daß man mit der Aus-  
gabe des ganzen Landes mit seinen reichen Kohlenruben (das  
Kampfbereichsgebiet) auch das ganze südöstliche Gebiet  
verliere, wenn nicht sofort energische Gegenmaßnahmen ge-  
troffen würden, die den weiteren Vormarsch des Generals Wrangel  
von Krasnodar nach Nordost zum Stehen brächten.

**Beratungen in Paris**

Paris, 17. August. Die Morgenblätter veröffentlichen  
eine amtliche Meldung, wonach der englische Vorkämpfer Lord  
Derby gestern mit dem Generalsekretär des Ministeriums  
für auswärtige Angelegenheiten Paikolque eine Unter-  
redung über die Angelegenheiten Polens und über die Lage  
dort, in der sich General Wrangel befindet. Lord Derby  
und Paikolque haben verschiedene Kombinationen geprüft,  
die den beiden Regierungen eine gemeinsame Aktionsbasis für  
ihre Politik in Osteuropa geben könnten.

**Die Rückgabe des östlichen Abstimmungsgebietes**

Warschau, 17. August. Nach den Neuen Welt-  
preussischen Mitteilungen hat gestern Abend die inter-  
alliierte Kommission Warschau den westpreussischen  
Abstimmungsgebietes an die deutsche bzw. in einem kleinen  
Teile an die polnische Regierung abgegeben. Beim  
Lemberg abgelehnte im Gebäude der Landchaft hielten der  
deutsche Bevollmächtigte für das Abstimmungsgebiet Graf  
F. v. Dauterive und der Vorsitzende der internationalen Kom-  
mission Erzengel v. Pavia Ansprachen. Um 6 Uhr abends  
wurde die Fahne der internationalen Delegation von dem Ge-  
bäude der Landchaft, dem Sitz der internationalen Kom-  
mission, feierlich heruntergeholt. In einer heute veröffent-  
lichten Verordnung des deutschen Bevollmächtigten heißt es,  
daß von jetzt für die deutschgebliebenen Teile des westpreus-  
sischen Abstimmungsgebietes die deutschen und preussischen  
Gesetze und Verordnungen wieder Gültigkeit haben. Die  
öffentlichen und viele privaten Gebäude tragen Flaggens-  
chmuck.

Berlin, 18. August. Die Vorkämpferkonferenz hat am  
Sonntag Abend dem Vorhaben der Friedensdelegation die Ent-  
scheidung über das ostpreussische Abstimmungsgebiet überlassen.  
In dieser werden die Ostpreussen Ledebur, Kleinow-  
ski und Grotzsch von Deutschland abgetrennt und Polen  
angehängt. Infolgedessen handelt es sich jedoch um eine bereits  
überholte Entscheidung des Obersten Rates. Denn die alliierte  
Kommission in Wien hat bei ihrem Abgang diese Entscheidung  
mit keinem Worte erwähnt und das ostpreussische Gebiet ein-  
schließlich dieser drei Ostpreussen dem deutschen Reichs- und  
Staatskommissar übergeben. Der Wortlaut der Rats der  
Vorkämpferkonferenz ist folgender:

Der Artikel 55 des Friedensvertrages hat bestimmt, daß  
nach der Volksabstimmung im Gebiete von Allenstein, so wie  
es durch den Artikel 54 des Friedensvertrages von Versailles  
abgegrenzt ist, die alliierten und assoziierten Mächte die Grenz-  
linie zwischen Deutschland und Polen in dieser Gegend fest-  
setzen werden. Es folgt nun die genaue Angabe, wie diese

Linie zu ziehen sei. Gemäß Artikel 57 des Friedens-  
vertrages wird die Bestimmung der oben bezeichneten Grenz-  
linie an Ort und Stelle von der in den genannten Verträgen  
bestimmten Kommission vorgenommen werden. Die Bestimmung der  
Grenze, die hiermit erfolgt, schließt gemäß Artikel 55 des Friede-  
nsvertrages die Anerkennung der Souveränität Polens über  
die abengenannten Gebiete in sich, die hiermit aufhören  
zu Deutschland zu gehören.

Wie die Neuen Westpreussischen Mitteilungen melden, be-  
legten die Polen gestern von neuem das ihnen durch die  
Entscheidung des Vorkämpferrates in Paris zugesprochen Ge-  
biet auf dem östlichen Weichselufer. Viele deutsche  
Einwohner hatten das den Polen zugewiesene Gebiet verlassen.  
Für die Rückführung ist in Warschau ein  
Kommission in die Wege geleitet worden.

**Bedrohung Oesterreichs durch Ungarn**

Wien, 18. August. Oesterreich waren Gerüchte verbreitet, die  
Sagten, daß Oesterreich-ungarische Monarchien am gestrigen  
Geburtsstage des Kaisers Karl einen Putsch vor-  
berausen. Ungarische Verbände ständen bereit, in Oesterreich ein-  
zuziehen und Wien zu besetzen. Die Regierung hatte Vorkehr-  
maßnahmen getroffen. Die Putschgerüchte haben sich jedoch  
nicht bewahrheitet. Kropfen wurden die Putschversuche  
nahmen aufrechterhalten, da Ungarn mit Unterstützung der fran-  
zösischen Polizei sein Herz täglich vergrößert.

**Das Frauenstimmrecht in Amerika**

New York, 18. August. Da das Stimmrecht der  
Frauen bereits in 35 Staaten angenommen ist, die  
Verfassung der Vereinigten Staaten erfordert die Annahme  
in 35 Staaten, damit eine Verfassungsänderung in allen  
Staaten Amerikas vorgenommen werden kann, hängt es  
sammeln von der bevorstehenden Abstimmung in Ken-  
tuckee ab, ob 28 Millionen Frauen bei der Präsidentenwahl  
im September ihre Stimme abgeben können. Sollte dies  
Jahr eintreten, so ist der Ausgang der Wahl völlig unberechen-  
bar. Die Demokraten halten sehr viel vom Frauenstimmrecht  
und begünstigen eine dahingehende Verfassungsänderung mit  
Kaufkraft. In republikanischen Kreisen ist man über das  
lange Schicksal der Sache zur Frage des Stimm-  
rechtes der Frauen sehr beunruhigt.

**Die internationale Finanzkonferenz**

Brüssel, 18. August. Die internationale Finanzkonferenz  
in Brüssel ist am 18. auf den 24. September festgesetzt.

**Neue Beunruhigung an der Saar**

Die erwartete Entspannung der Lage im Saarlande ist  
nicht eingetreten; im Gegenteil: gestern hat sie sich wieder  
verschärft. Der Grund liegt in den Verhandlungen  
zwischen der Beamten- und Arbeiterseite über die schwebende  
Beamtenfrage, die nicht den erhofften Verlauf nahm. Die  
Verhandlungen sind sozusagen auf einem toten Punkt an-  
gelangt. Die Regierung läßt sich auf weitere Verhandlungen  
nicht mehr ein. Von den hauptsächlichsten Forderungen  
Gleichstellung der staatlichen und städtischen  
Beamten mit den rechtsrheinischen Beamten, die die Re-  
gierung nicht will. Die Forderungen, daß die Forderungen  
der Beamten erfüllt werden dürften, waren verfrüht. Die  
Lage wird daher als sehr ernst bezeichnet und in Arbeiter-  
und Beamtenkreisen rechnet man mit einem neuen  
Generalstreik. Ueber seine Verhängung soll heute ent-  
schieden werden.

**Die Zollgrenze im Westen**

Von Hermann Wäges

Vor einigen Wochen hielt der Leiter des Landespolizei-  
amtes, Landgerichtsrat Dr. Fald, in einer Versammlung  
von Polizeibeamten in Tuisburg einen Vortrag, worin er  
aufsehenerregende Enthüllungen über die Zustände an unserer  
westlichen Zollgrenze machte und hierbei seine Ansicht dahin  
zum Ausdruck brachte, daß für diese Zustände Berliner lei-  
tende Stellen verantwortlich zu machen wären, denen es  
offenbar am guten Willen fehle, hier eine Besserung ein-  
zutreten zu lassen.

Ich habe anlässlich einer Reise in das besagte Gebiet Ge-  
legenheit genommen, mir die Zollgrenze einmal etwas  
näher anzusehen und war geradezu entsetzt über die volks-  
wirtschaftlichen und finanzpolitischen Folgen, die das Ver-  
halten unserer Zollbehörde haben müßte. Bei Kontrollen an  
der holländischen Grenze werden täglich und stündlich  
Waren im Werte von Millionen nach Deutschland über die  
Grenze befördert, für die kein Zoll entrichtet wird. Die  
Zollmehrfachgaben sind zum Teil hervorragend organisiert  
und treten mit einer Freizügigkeit auf, die Rückschlüsse auf die  
Schwäche der Zollbehörden und der Grenzpolizei zulassen.

Vor mehr als einem Vierteljahr wurden diese Dinge  
bereits mit der für die Zollbehörden zuständigen Reichs-  
finanzverwaltung besprochen und ihr angeboten, daß die  
örtlichen Zollbehörden dem Zoll zur Steuerung dieser  
Mißstände solange Unterstützung und Hilfeleistung gewähren  
sollte, bis er selbst in der Lage sei, die Zollgrenze dicht zu  
machen. Die Reichsfinanzverwaltung lehnte diese Unter-  
stützung ab. Sie hätte ausreichendes Personal und es fehlte  
nur an Unterkunftsgelegenheiten für die einzusetzenden  
Hilfszollverwalter. Die erforderlichen Unterkunfts-  
stellen würden jetzt geschaffen und damit erübrigte sich die  
Notwendigkeit, den Zoll in seinen Aufgaben durch die örtlichen  
Volksbehörden zu unterstützen.

Die Reichsfinanzverwaltung bedauert, gegenwärtig 8000  
Zollverwalter und 2000 Hilfszollverwalter zu beschäftigen und  
wäre bereit, auf 15000 zu erhöhen. Die Hilfszollverwalter  
sollen sich aus den Kreisen der Militärverwaltung rekrutieren,  
die in der Hauptsache in den unbesetzten Gebieten beheimatet  
sind. Die Enterte läßt aber nur linksrheinisch geborene Be-  
amte zu. Ferner ist es auch vollkommen ausgeschlossen, in ab-  
sehbarer Zeit Unterkunftsstellen für dieses über-  
flüssige Personal zu schaffen. Die Reichsfinanzverwaltung be-  
trachtet ihre Hilfszollverwalter pro Tag 1500 Mark. Bei den an  
der Grenze herrschenden Verhältnisse ist es natür-  
lich vollkommen ausgeschlossen, daß mit solchen „Geblättern“

ein Mensch auch nur notdürftig den Hunger stillen kann.  
Dabei befragt sich die Reichsfinanzverwaltung, daß ihre Hilfs-  
zollverwalter bereits nach 8 bis 14 Tagen den von ihnen an-  
getretenen Posten verlassen und es vorziehen, anderwärts  
lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Die einzige Möglichkeit, mit diesen Standorten zu  
tun, besteht darin, daß Vertreter der west-  
lichen Grenzbevölkerung zur Mitarbeit herangezogen wer-  
den, für die eine Unterkunftsfrage nicht mehr besteht. Die  
Bedanken der Reichsfinanzverwaltung hinsichtlich der Be-  
schäftigung der Grenzbevölkerung werden hinsichtlich der Be-  
schäftigung dieser Hilfsbeamten nach der Praxis bei  
den Zollstellen der Reichsfinanzverwaltung verfahren. Die  
Organisationen direkt in Verbindung tritt und diesen die  
erste Auswahl langjährig erprobter und vertrauenswürdigster  
Mitglieder überläßt. Die Gewerkschaften übernehmen die  
Mittlerrolle die moralische Garantie für die ausgewählten  
Vertrauensleute. Das Landespolizeiamt hat damit die besten  
Erfahrungen gemacht. Für derartige Unterstützung wie sie  
gegenwärtig die Reichsfinanzverwaltung bezahlt, ist natürlich  
kein Mensch — der ehrlich ist und ehrlich bleiben will —  
bereit, sich in den Dienst der Sache zu stellen.

Monatelang hat das Reichsfinanzministerium den  
diese Zustände an der Zollgrenze bekannt waren mit dem Reichs-  
finanzministerium wegen einer Million Mark herangezogen  
werden, die dem Landespolizeiamt zur Verfügung gestellt wer-  
den sollte, damit es durch Einstellung von Gewerkschaften  
als Hilfszollverwalter dem Zoll zur Steuerung dieser  
Mißstände Hilfe gewähren sollte. Diese Verhandlungen sind zu  
keinem Ergebnis gekommen. Lieber gibt die Reichsfinanz-  
verwaltung zu, daß dem Reich täglich durch den Zollmehrfach-  
verkehr Millionen an Einnahmen verloren gehen. Das  
Verhalten der Reichsfinanzverwaltung ist ein schändliches  
für die falsche Sparpolitik, die wir gerade vor uns haben  
können, wo es sich um die Lebensinteressen des Reiches han-  
delt. Wie man seinerzeit die sogenannte Rheinische  
dann errichtete, nachdem viele Millionen unermittelt  
Güter aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet ein-  
geführt worden waren und durch diese wilde Einfuhr, durch die  
Nach im Westen“ unsere Wälder den heutigen Stand  
reichte, so verdrängt man jetzt Monate mit ständiger  
Freizügigkeit zwischen der Zollverwaltung und den Reichs-  
beauftragten für Ein- und Ausfuhrbewilligungen und der  
örtlichen Volksbehörden und läßt dabei die deutsche  
Wirtschaft zugrunde gehen.

Die Verhältnisse an unserer Zollgrenze geben Anlaß  
genau für die sozialistischen Parteien durch eine Inter-  
pellation im Reichstag von der Reichsfinanzverwaltung Auf-  
klärungen über diese Mißwirtschaft zu verlangen.

### Brinz Mar von Baden über die Lage

Ein Mitglied der Redaktion der Neuen Badischen Landeszeitung (Mannheim) hatte mit dem Brinz Mar von Baden eine Unterredung, über deren Inhalt er berichtet. Der Brinz Mar, der im Sommer 1918 als Reichsminister für die Kriegswirtschaft getätigt wurde, erklärte zur inneren und äußeren Situation:

Die Epoche Konjunktur hat den Frieden von Versailles seinem Wesen nach nicht mehr verändert. Die Regierung hat sich bemüht, zu unterzeichnen. Die Alternative war: Einmarsch in den Rhein. Der Brinz Mar ist zum Einmarsch entschlossen; es glaubt den Einmarsch Englands nicht mehr fürchten zu müssen.

Die Verhandlungen als Frankreichs Sieg in der Entlastungsfrage, als seine großen Erfolge in der Kohlenfrage ist die Tatsache, daß England und Italien ihre Unterstützung unter die Einmarschplanung gestellt haben. Damit wird ein monatelanger Widerstand aufgehoben. Frankreich kann den Zeitpunkt wählen, wann es einmarschieren will; ein Vorwand wird sich leicht finden lassen. Dieser Einmarsch ist der Schlüssel der französischen Politik.

Zeit befristet, aber als die langfristige Haltung der Reichsregierung sind die Erfolge, die Lloyd George in der öffentlichen Meinung sowohl seines eigenen Landes, als auch in Deutschland errungen hat.

Der zweite große Triumph hat Lloyd George in Teutoburg erlebt. Wir ist es nie so klar geworden wie in den beiden Tagen, daß die Heime und nicht nur physisch, sondern auch geistlich gebrochen haben. Sowohl uns und der Revolution des Weltkriegs, als auch der Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft, wie er denn die Stimmung gegen sein Land in Deutschland aber er habe eigentlich gar keinen Haß gegen England hegen. Und das ist wahr. Die einzelnen Landesregierungen, die sich heute mit größerer Willigkeit gegenüber als im Jahre 1918. Der innere Haß scheint nicht während der Verhandlungen in Teutoburg nachher ohne Hemmung los, als die Winter heraufziehen.

Unser Vertrauen und Solidarität sind ein harter Wappstein für die französischen Einmarschpläne, weil sie den Anschein erwecken, als bedürfte es nur eines äußeren Anstoßes, um den Zerfall herbeizuführen.

### Zur bolschewistischen Lage

Es ist der unheimlichen Periodizität bedingt nicht gerecht werden, wenn man glaubt, daß es für ihn überhaupt mehr als einen Augenblick mit kapitalistischen Staaten geben kann. Er glaubt mit religiösem Fanatismus an den Siegeszug seiner Nationen zu dem Zweck: Diktatur des Proletariats oder besser Diktatur der kommunistischen Zellen des Proletariats. Er ist natürlich Psychologe genug, um zu wissen, daß die militärische Invasion gerade eine Nation zu zerschlagen will. Der Plan ist vielmehr: Entwertung des Wirtschaftswesens in den angrenzenden Ländern; die revolutionäre Bewegung soll ihm entgegenkommen, so daß schließlich der Vormarsch, wenn er überhaupt nötig ist, offene Türen findet und nur eine Vermeidung von Vandalenverbrechen ist.

Die Aussichten für das Gelingen dieses Planes in Deutschland sind nicht schlecht. Die moralische Invasion hat bereits begonnen. Man liest in den Zeitungen, daß die Propaganda in dem russischen Arbeiterbewusstsein die besten Früchte hat. Die Unabhängigen haben ihren Willensdruck vollständig verloren und schweigen in Stillschweigen über das Vordringen der Bolschewisten, dabei entsetzt, daß der Pazifismus in und nach dem Kriege kein heilige Sache war, sondern nur ein Mittel, um unsere nationale Kraft zu schwächen.

Schon bildet sich eine national-bolschewistische Partei in Deutschland und propagiert den Plan eines deutsch-russischen Bündnisses gegen die Entente. Die Verwirklichung dieses Bündnisses wäre das beste Mittel, um den Krieg gegen Rußland mit einem Schlag in England und Frankreich populär zu machen und zugleich an Stelle des unerbittlichen Widerstandes der russischen Presse bringt seit Monaten falsche Meldungen über die Vorfälle eines solchen Bündnisses, und ein Teil unserer besten Patrioten läßt sich wieder einreden, wie so oft im Kriege, die Gesetze des politischen Dünkens und Handelns dem Geiste überlassen.

Als nächste Witz haben zusammenzufassen: Bei Rückkehrhaltung des russischen Proletariats in ein nachdrücklich Wille, auch Deutschlands gegen die moralische Invasion des Bolschewismus nicht zu erliegen. Es gibt eine letzte Chance, aber wir müssen sie nutzen: denn jeder andere Weg führt sicher zum Verhängnis. Das ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Neutralität nach Osten und Westen und ein legitimer, vernünftiger Versuch, die Neutralität des Verfallens zu verhindern.

Das englische Reich selbst ist heute in großer Gefahr. In allen Ecken und Enden wird am Aufstand herangeföhrt und geplant, wie die Juden. Wenn heute England noch einmal zu einem Krieg für Freiheit und Menschlichkeit aufstehe, würde ein Kolonialkrieg die Antwort sein. Jetzt zeigt es sich, daß man die Freiheit über fremde Völker nicht mit dem Schwerte allein aufrecht erhalten kann, sondern vielmehr mit dem guten Willen braucht. Von allen Zentren der Unruhe ist heute die englische Herrschaft entgegen: Wir werden an uns handeln, wie wir an euren Feinden gehandelt haben.

Überall verlangt die moralische Autorität: in England, Indien und vor allem in Irland. Werden der großen Tradition des englischen Imperiums ausbrechend die ungeheuren Wozner hinzugesprungen und den Wagen nach rechts und links herumgedreht?

Wir haben diese Weisungen nicht nur wiedergegeben als Stimme eines ernst zu nehmenden demokratischen Politikers, der infolge seiner Verbindungen über gewisse Strömungen des Auslandes besonders gut informiert ist, sondern auch deshalb, weil hier die Lage Englands unseres Erachtens richtig charakterisiert wird.

### Neue Bewilligungsurkunden für die Ein- und Ausfuhr

Eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen sowie die Vereinfachung der Bewilligungen wird, wie die W. R. erfahren, durch die Einführung von neuen einheitlichen Bewilligungsurkunden bedingt. Die neuen Urkunden werden vom 1. September dieses Jahres an von allen mit der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen beauftragten Stellen verwendet werden. Die gleichfalls erwünschte Vereinfachung der für die Bearbeitung der Anträge benötigten Antragsformulare liegt sich aus technischen Gründen leider nicht durchführen. Die Antragsformulare abweichende Antragsformulare verwenden, bis die bisherigen Bewilligungsformulare einmündlich befreit sind.

Die auf den neuen Formularen ausgefüllten Aus- und Einfuhrbewilligungen laufen einheitlich mit einer Gültigkeit von drei Monaten. In allen Fällen, in denen eine Befreiung innerhalb von drei Monaten voraussichtlich nicht möglich sein wird, können die Antragsformulare den Antragsstellern die spätere Verlängerung von vornherein zulassen.

Der Weg der neuen Formularen kann vom 1. September an bei den zuständigen Außenhandelsstellen, den Handelskonsulaten und den bisher mit dem Vertrieb der Bewilligungen beauftragten Stellen erfolgen. Bei dem Reichskommissar für Ausfuhrbewilligungen findet nur Kopie einzelner Exemplare der Bewilligungsurkunden für die dort zu bearbeitenden Anträge statt. Die Bewilligungsurkunden für die dort zu bearbeitenden Anträge sind vom 1. September an werden die Außenhandelsstellen und

sonstigen Stellen Anträge mit alten Bewilligungsformularen nicht mehr entgegennehmen. Die rechtzeitige Beschaffung neuer Formularen ist also erforderlich.

Überprüft von dem neuen Verfahren werden:

1. Die Bewilligungen, die zur Ein- und Ausfuhr von Waren durch die Reichskommissionen erteilt werden;
2. Die Bewilligungen für Hoch- und Niederdruck für die Beförderung von Waren durch die Reichskommissionen für die Beförderung von Waren;
3. Die Bewilligungen für die Ausfuhr von Silber und Silberwaren (Verfertigung durch die Reichskommissionen unter Verwendung der Bestimmungen);
4. Die Bewilligungen zur Ausfuhr von Wägen, Kutschen und Karren in Ausfuhrbewilligungen;
5. Die durch den Reichskommissar für die Beförderung von Waren für Lebens- und Futtermittel erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

### Aufruf zum Ersten Kongreß der Betriebsräte Deutschlands

Der geschäftsleitende Ausschuß und der probatorische Beirat der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitergewerkschaft freier Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem

Kongreß der Betriebsräte Deutschlands zum 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin, Neue Welt, Parkstraße, zusammenzubekommen.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die politische Lage Deutschlands. (Referent: Genosse Biffell.)
2. Die politischen und ökonomischen Wachstumsverhältnisse und die Sozialisierung. (Referent: Genosse Dr. Dillenberg.)
3. Die Aufgaben der Betriebsräte. (Referent: Dittmann und Kerpel.)
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. (Referent: Genosse Prolet.)

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen und mindestens ein Jahr einer der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaften oder der Arbeitergewerkschaften als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Mit der tatsächlichen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

### Arbeiter- und Angestelltenräte

Der Widerstand zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich schärfere Formen an. Unter dem Druck einer kühnlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verurteilt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden Betriebe unter niedrigen Vorwänden stillgelegt. Der Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer gefolgt die Entlassung der schwer erkrankten, beschweren, durch das Betriebsrätegesetz gesicherten Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. Die Arbeiter sind in eine berechtigende Erregung in sämtlichen Arbeitnehmerräten eingetreten und der Drang nach Einfluß und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluß kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, hinter der ebenso geschlossene die Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongreß herbeigeführt werden. Dieser hat deswegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Willen die Macht und den Einfluß der Arbeiterbewegung in den Betrieben dauernd sichern.

### Der geschäftsleitende Ausschuß:

Gen. Braumann, Brunner, Dittmann, Prolet, W. R. G. G., Kuffner, Ringen, Kerpel, W.

Der probatorische Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale: Belgig (Metallindustrie), Belgig, Behr (Bergbau), Dortmund, Baumeyer (Städtisches Gewerbe), Bremen, Gey (Metallindustrie), Gellert, Lange (Lebens- und Genussmittel), Hamburg, Mannsberg (Baugewerbe), Hamburg, Hammer (Holzindustrie), Stuttgart, Dillmann (Metallindustrie), Düsseldorf, Wuth (Metallindustrie), Magdeburg, Karl Müller (Landwirtschaft), Strohberg, L. Wommern, Friedr. Müller (Lebensmittel), Nürnberg, Wagh (Metallindustrie), Hamburg, Danneberg (Metallindustrie), Wette (Metallindustrie), Hamburg, Roth (Chem. Industrie), Hübner, W. R. G. G., Hamburg.

### Severing gegen Dragesch

Einige Berliner Blätter sprechen von einer Reichsfabrikation, die sich mit der Frage der Dragesch beschäftigen sollte. Wie die W. R. dazu erfahren, hat Minister Severing hier Gelegenheit gehabt, seinen Standpunkt auch in bezug auf das Vorhaben Dragesch ausführlich darzulegen. Er sagte, daß er erwarte, daß die Dragesch eine bewaffnete Selbstschutzorganisation sei und damit eo ipso geächtet wäre. Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung sei zwar bereits mit seiner Verabschiedung in Kraft getreten, aber noch nicht in Wirksamkeit, weil die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen seien. Auf seinem Fall aber dürfte hier ein Vakuum zwischen dem Zeitpunkt des Inkraft- und des Inwirksamkeitstretens entstehen, da dies sonst zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. Nach seiner Ansicht seien die Polizeiminister der einzelnen Bundesstaaten als die verantwortlichen Garant der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verpflichtet, bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen durch das Reich aus eigener Initiative im Falle des Entstehens von Unruhen irgendwelcher politischen Gruppen in den Händen der Bundesstaaten vorzugehen zu dürfen. Er werde deshalb auch weiter auf dem Wege fortarbeiten, den er mit dem strikten Verbot der Dragesch beabsichtigt habe.

Berlin, 17. August. Der preussische Minister des Innern Severing hat am 15. August einen Erlaß an alle Oberpräsidenten gerichtet, worin er sie auffordert, in ihren Provinzen die Dragesch zu verbieten.

### Ein Revolvententat in Magdeburg

Magdeburg, 17. August. Am heutigen Vormittag um 9 Uhr 35 Min. wurde auf dem hiesigen Domplatz ein Revolventenschuß aus dem Fenster des Garnisonkassens abgefeuert. Der Schuß ging etwa 10 Meter vor dem Regierungspräsident Dr. Ganssch auf dem hiesigen Oberpräsidium in die Erde. Regierungsrat Dr. Ganssch befand sich auf dem Wege von seiner Wohnung zum Oberpräsidium. Der Revolver ist nach nicht aufgefunden, aber das Ereignis ist auf jeden Fall außerordentlich eigenartig, denn Regierungsrat Dr. Ganssch ist derzeitige Kommandant des Oberpräsidiums, der die Untersuchung gegen die Spieschenstrafen, Orgesch unterzogen hat und in letzter Zeit sehr von ihnen angegriffen wurde. Das hiesige Volkspräsidium hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, das Regierungspräsidium eine Beschlagnahme des Revolvers des Täters angeordnet.

### Ausweitung einer englischen Arbeiterdelegation aus Frankreich

Eigene Drahtmeldung

Paris, 18. August. Adamson, der Präsident der englischen Arbeiterpartei, und Goffin, Mitglied des Aktionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, die gestern in Paris eingetroffen waren, um ein sozialistisches, syndikalistisches Aktionskomitee gegen den Krieg und mit dem gleichen Ziele einer internationalen Aktion wie in England ins Leben zu rufen, wurden von der Polizei aufgefordert, im Laufe des nächsten Tages nach London zurückzufahren; im Weigerungsfalle würden sie ausgewiesen werden. Sie hatten ihr Wort gegeben, bis 9 Uhr abends Paris wieder zu verlassen und konnten daher frei umherlaufen. Am Nachmittag hatten die sozialistisch-parlamentarische Gruppe einige ihrer Mitglieder ins Ministerium des Innern entsandt, um Erklärungen über die gegen die englische Arbeiterdelegation getroffenen Maßnahmen zu erhalten. Zur festgesetzten Stunde trafen die englischen Delegierten auch wieder ab. Der französische Aktionsausschuss hat bereits den Entwurf eines Manifestes genehmigt, das folgende Punkte enthalten soll: 1. Protest gegen die ungeduldige Ausweisung der englischen Arbeiterdelegation. 2. Protest gegen die Hilfe für England. 3. Niederstich der gegenwärtigen politischen Lage gegenüber Rußland. 4. Erklärungen zugunsten der Unabhängigkeit der Völker und die Freiheit, sich eine Regierung nach ihrer Wahl zu geben. 5. Aufforderung an die französischen Arbeiter, es abzulehnen, für den Krieg zu arbeiten.

### Die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags nahm eine Verordnung mit 16 gegen 12 Stimmen an, daß die Kartoffelzwangswirtschaft vom 15. September an aufgehoben wird. In den Verhandlungen wurde von Vertretern der Konsumenten und seitens der Reichsregierung der größte Wert darauf gelegt, daß die lieferbare Menge zur Ausgabe einer angemessenen Wochenration ausreiche; nach längeren Verhandlungen wurde schließlich eine Menge von 120 Millionen Zentner festgelegt, die die Ausgabe einer Wochenration von 6 Pfund an die verorgungsberechtigte Bevölkerung ermöglichen. Von der Weizung, eine Verbrauchsration von 6 Pfund an die Bevölkerung sicherzustellen, haben jedoch nur einige Kommunalverbände Gebrauch gemacht. Insgesamt sind bisher lediglich 35 Millionen Zentner bei der Reichskartoffelstelle zur Anmeldeung gelangt. Die Kartoffelstelle kann überall mindestens als eine Wirtelerte bezeichnet werden.

### Letzte lokale Nachrichten

#### Wort oder Selbstmord?

Vom 18. zum 14. August wurde in den Waldungen von Königsdorf der Sohn eines hiesigen Gewerkschaftsbeamten, der bei der Weizung in diese Hand, erschossen aufgefunden. Die Leiche, die Leichenjahre aufwies, hatte bereits drei Wochen an Ort und Stelle gelegen und war bereits vollständig in Verwesung übergegangen. Nur durch die Zusammenfügung der unterliegenden, in keine Teile zerfallenen Ausweispapier, war es möglich, die Verbleibenden der Leiche festzustellen. Der Aufgebundene ist am 24. Juli auf Urlaub nach Dresden gefahren und hier auch eingetroffen, was dadurch erwiesen ist, daß er auf der Bahn ein Paket zur Aufbewahrung gegeben hat. Was den Toten veranlaßt hat, nach Königsdorf zu fahren, ist nicht bekannt. Bei der Weizung hat er sich Strafbares nicht zu Schulden kommen lassen. Die nächsten Verleumdungen deuten auf eine gewalttätige Tötung hin. Der Tote hielt nämlich seinen Revolver in der linken Hand. Ferner ergibt die oberflächliche Prüfung der Schuhsohlen, daß die Nagel von hinten durch die Sohle ging und am Ausgangspunkt der Nagel Stoffreste sichtbar sind. Auch der Umstand, daß die Ausweispapier zerfallen sind, kann auf Wort hindeuten.

#### Polizeibericht

Zu dem Liebesdrama, das bereits in der Stadtchronik mitgeteilt ist, wird noch berichtet, daß die 24 Jahre alte Wirtshauskellnerin heute früh in der Zell- und Pflegenanstalt an Selbstvergiftung verstorben ist.

Einbruch. In der Nacht zum 17. August hat ein Geschäfts-Inhaber in der Blasenberger Straße zwei Schränke erbrochen und ausgeraubt worden. Den Tätern seien weiche und schwere Damen- und Kinderstrümpfe und verschiedene Stücksachen im Gesamtwert von 800 M. in die Hände. Wer hierzu Wahrnehmungen gemacht hat, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

Aufgegebener Hund. Am 6. August wurde in den Waldungen in Radby ein etwa 5 Monate alter Hund weiblichen Geschlechts aufgefunden. Der Angaben über die Hundemutter machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

Zum Falle des Polizeiwachmeisters Mayer, der wegen Einbruchverdachts festgenommen war, wird mitgeteilt, daß Mayer nicht der hat wieder entlassen werden mußte, da er eines Einbruchs nicht überführt werden konnte, weil seine Verhaftung schon erfolgt, bevor es überhaupt zur Ausführung des Einbruchs gekommen war. Einer strafbaren Handlung konnte Mayer deshalb bisher nicht überführt werden. Trotzdem ist er seines Dienstes enthoben und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft vorgelegt worden. Unzutreffend ist die in einigen Tagesheften enthaltene Darstellung, daß Mayer im Besitze von Einbruchwerkzeugen gewesen sei.

Enttanden. In der Nähe von Bayles Stadtkloster besuchten am Sonntag vormittag zwei Brüder über die Erde zu schummeln. Hierbei erlitt der eine, der 21jährige Schriftführer Wilhelms Todet, einen Krampfanfall und ging unter, ohne wieder zum Bewußtsein zu kommen. Der Bruder hatte sich bereitwillig mit Rettungsmaßnahmen befaßt.

#### Die Devisenkurse

Berlin, 17. August. (Amtlich.)	17. 8.	17. 8.	16. 8.	16. 8.
	Gold	Gold	Gold	Gold
Dolland . . . . .	100 Gulden 1553.50	1556.50	1536.—	1539.—
Schweiz . . . . .	100 Franc 781.75	783.85	774.50	778.00
Österreich . . . . .	100 Kronen 21.47	21.53	22.37	22.43
Wien (deutscher) . . . . .	abgekl. 100 Kronen 21.07	22.09	22.07	22.09
Frankreich . . . . .	100 Franc 81.40	81.50	81.05	81.45
Spanien . . . . .	100 Peseten 709.40	710.70	699.80	700.70
Italien . . . . .	100 Franc 804.05	805.35	800.00	800.00
London . . . . .	100 Lire 280.75	281.25	279.75	280.25
Paris . . . . .	100 Franc 171.53	171.95	168.40	169.50
New York . . . . .	1 Dollar 47.32	47.42	46.85	46.75
Warschau . . . . .	100 Franc 843.65	848.35	837.65	838.35

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.









eben. Die Steinzeugmengen werden wie jede Metallmenge durch ...

Die Reichweite der Atmosphäre

Dem norddeutschen Physiker Professor Erdmer ist es geglückt ...

Dresdner Kalender

Theater am 19. August. Opernhaus: Die Entführung ...

Central-Theater. Am Sonntag den 22. d. M. endet die Sommerpielzeit ...

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel „Zur Gründung der Opernvereine“ ...

Kleine Mitteilungen

Seit Reinhardt nach Wien? Nach einer Mitteilung der Berliner ...

Ein abstrakter Theatertrakt. Die einheitliche Zusammenfassung ...

Zweiter Reichstiedertag

Die Verhandlungen des zweiten deutschen Reichstiedertages ...

Gewerkschaftsbewegung

Die Dresdner Bankangestellten und der Reichstaxi-Schiedspruch

In einer von der Arbeitgemeinschaft der Dresdner Bankangestellten ...

Der erste Revisor, Marx, Berlin, bezeichnet den Reichstaxi-Schiedspruch ...

Plattenbach, Gkoma, gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen ...

Seine Mitteilung findet in den einzelnen Dresdner Zeitungen die ...

Anerkennung für 25jährige Arbeit

Man schreibt uns: Am 21. Juli 1920 konnte der Buchhändler August ...

Vorsicht! gemacht hat, soll nun in einer riesigen Vereinigung über ...

Ein unbekanntes Kavaliersdilemma ist von Billi Weiser im ...

Bereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Donnerstag den 19. August: Versammlung der ...

Turnen, Sport und Körperpflege

Der Aerob-Spiel- und Sportklub am 21. und 22. August ...

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Alle Gruppenturnausgänge ...

Arbeiter am 19. und 20. Juli die Arbeit ruhen lassen. Am ...

Arbeiter am 19. und 20. Juli die Arbeit ruhen lassen. Am 21. Juli ...

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag

Der zwischen der Tuchmacher-Fabrikations-Gewerkschaft ...

Jahrbuch für Textilarbeiter

Das Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes ...

Betriebsrätekonferenz

Der geschäftsführende Ausschuss und der probatorische Beirat ...

Die Internationale der Landarbeiter

Auf dem internationalen Landarbeiterkongress, der gestern ...

fest im Spitzhüt in der Magdalla in ihren nächsten ...

Fußballspiel Dresden-Götha gegen Leipzig (Freizeitsport ...

Fußballabteilung Vorchappel. Resultate vom 15. August ...

Arbeiter-Radsportklub Ostbarmitz. Mitgliederabend ...

Arbeiter-Wassersport-Verband, Bezirk Dresden. Freizeitsport ...

Die neue Macht

Ein Vertreter der Telegraphen-Linien hatte gestern eine ...

Die Nachrichten über das Ergebnis des Zusammengehörigkeits ...

Der Siegesausbruch des französischen Volkes ist im ...

Auch die hohe Politik in Frankreich wird über kurz oder lang ...

Der 2. B. die Verhandlungen über Protektionen der Arbeit ...

lymians 1/8 Uhr Halle-Theater Dresden hat Fitzl